

# Vichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Vichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Trischheim.

Ercheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. —  
 Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich frei ins Haus, durch die Post  
 bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Ge-  
 schäftsstelle. Emlische Postankalten, Briefträger und unsere Zeitungs-  
 träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg.,  
 für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und  
 amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige  
 2,00 RM. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher  
 Nr. 7. Drabantschrift: „Tageblatt“. Postbezugskonto Leipzig 86 697.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Vichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pöcher in Vichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pöcher in Vichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 174

Mittwoch, den 27. Juli 1921

71. Jahrgang

## Bekanntmachung.

Nachdem die Eingänge von Hazer den Erwartungen nicht entsprochen haben, ist der Bezirksverband nur noch in der Lage, die bis jetzt bezahlten noch unbefestigten Bezugscheine bis mit Ende Juni zu beliefern.

Weitere Bestellungen können nicht stattfinden. Der Bezirksverband wird jedoch bemüht sein, auch fernerehin noch Sachhalter herauszuschaffen. Bewerber wollen sich an die Futtermittelstelle des Bezirksverbandes wenden.

— Nr. 64 Ju. —

Bezirksverband Glauchau, am 22. Juli 1921.

## Kurze wichtige Nachrichten.

• Eine Verhandlung über die Kohlenablieferungen an Frankreich ist erfolgt. Einzelheiten darüber werden noch veröffentlicht werden.

• Der frühere preussische Staatsminister Dr. Max Bielefeld ist gestern im achtzigsten Lebensjahre gestorben.

• Die Berliner Polizei ermittelt zwei der Kraftwagenführer, die die Leiche der politischen Aktivistin nach der Wohnung des Obersten Kreibitzers gefahren haben. Ihre Auslieferung wird zur baldigen Verhaftung der Täter führen.

• Die oberösterreichischen Munitionskontroll- und Sprengstoffwerke in Astenwald haben infolge von Explosion mit der gesamten Fabrikanlage in die Luft. Ueber die Ursachen der Katastrophe schwebt verschiedene Gerüchte umher. Einzelheiten lassen sich nicht angeben, weil alle in Betracht kommenden Personen unter dem Trümmern den Tod fanden.

• Die kommunistische Bewegung in der Tschecho-Slowakei wird in den unterirdischen Kreisen so gut als erledigt betrachtet. Es mehren sich die Fälle, daß sich auf der Polizei-Individuen aus kommunistischen Kreisen melden, die sich bereit erklären, Verleumdungen gegen Entgelt zu leisten.

• Der unabhängige Reichsstaatsabgeordnete Crispian wird am kommenden Sonntagabend anlässlich einer Saures-Gedenkfeste nach Paris reisen und dort eine Rede halten, vorausgesetzt natürlich, daß er die Einreiseerlaubnis erhält.

• In Allgäu sollen noch 1300 deutsche Krieger interniert, wie eine Meldung von einem dortigen Gefangenen an die Buerische Zeitung belagt. Das Los der in Arbeitskompanien zusammengebrachten Unglücklichen sei trostlos.

## Die amtliche Einberufung des Obersten Rates.

London, 26. Juli. Ruter meldet amtlich: Der Oberste Rat tritt am 4. August in Paris zusammen.

Weiter wird berichtet: Curzon und Balfour vertreten England auf der Konferenz. Lloyd George ist wahrscheinlich nicht zugegen.

Paris, 26. Juli. Wie der „Intranligant“ meldet, wird die Tagung des Obersten Rates außer der oberösterreichischen Frage noch folgende Punkte umfassen: Die Reglementierung der zünftlichen Meerenge, die Sanktionen, die Frage der belgischen Prioritäten, sowie die damit in Zusammenhang stehenden Fragen, die Frage der Finanzierung Osterrreichs und eine eventuelle Hilfeleistung gegen die russische Hungerkatastrophe und die Probleme des nahen Ostens.

### Nachdem östliche Einigung?

Paris, 26. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas glaubt zu wissen, daß nach gestern Abend aus London eingegangenen Nachrichten der französische Botschafter im Verlauf einer Unterhaltung mit dem britischen Außenminister im Namen seiner Regierung deren grundsätzliche Zustimmung ausgesprochen habe zu der Berufung des Obersten Rates zum 4. August und zu der vorherigen Prüfung des oberösterreichischen Problems durch eine Sachverständigenkommission unter der Bedingung, daß die Regierungsoberhäupter sich zur feitzüglichsten Zeit versammeln, wie auch das Resultat der Arbeiten der Sachverständigen ausfallen mögen. Dagegen soll der britische Außenminister in aller Form seinen Widerspruch gegen die Entsendung von Vertretungen nach Oberösterreich aufrechterhalten haben; u. a. habe er versichert, daß diese Maßnahme die mit vieler Mühe im Abstimnungsgebiet wiederhergestellte Ruhe unterbrechen würde, daß sie außerdem einen entschieden deutschfeindlichen Stempel tragen würde, daß sie in Deutschland den Eindruck herbeiführen würde, daß die Entscheidung für Deutschland ungünstig ausfallen werde, daß schließlich Frankreich am Rhein genügend Truppen habe, um Deutschland zur Vernunft zu bringen, und daß Deutschland versuchen würde, sich der Durchführung des Schiedsspruchs des Obersten Rates über Oberösterreich zu widersetzen.

## Die Regierung ohne Mehrheit.

(S. 3.) Ueber Nacht ist die sächsische Regierung in eine außerordentlich schwierige Lage geraten, die, wenn man sie unter dem Gesichtswinkel des parlamentarischen Systems betrachtet, unbedingt zum Rücktritt der Regierung führen müßte. Wie schon gemeldet, begannen am Montag die Beratungen des Sonderausschusses über die Grundsteuer und über die Gewerbesteuer. Nachdem es anfangs schien, als ob sich die Bürgerlichen und die Sozialisten zu einem Kompromiß zusammenschließen würden, kam es am Dienstag zur glatten Ablehnung sowohl der Grundsteuer- als auch der Gewerbesteuerentwürfe, und zwar dadurch, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen gegen die Vorlagen stimmten und nur die Sozialdemokraten und die Unabhängigen der Regierung Gefolgschaft leisteten.

Es besteht fast gar keine Aussicht, daß sich die durch die Ablehnung im Ausschuss für die Regierung entstehende schwierige Situation bis zu der für Freitag angelegten Plenarberatung des Landtags noch bessern könnte. Jedenfalls werden am Freitag im Landtage die Dinge sich so gestalten, daß bei der Abstimmung über die beiden Regierungsvorlagen die Kommunisten aus der Reihe der Regierungsparteien ausschweifen und die Regierung im Stich lassen. Es wird sich also dann nicht um eine Niederlage der Regierung handeln, wie sie schon sehr häufig im Landtage durch eine bürgerliche Zufallsmehrheit herbeigeführt wurde, sondern um eine Niederlage infolge einer erheblichen Verringerung der Regierungsbasis — ein Vorgang, der in einem parlamentarisch regierten Lande den Rücktritt der Regierung zur Folge haben müßte, wenn es sich nicht um eine ausgeprochene Minderregierung handelte.

Finanzminister Heldt hat wiederholt und auch noch kurz vor der Ablehnung in bündigster Form erklärt, daß die Regierung auf diese Steuern nicht verzichten könne. Die Schwierigkeiten, die sich für die Regierung aus der Ablehnung dieser beiden Steuern ergeben, werden sich bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 1921 sehr stark geltend machen.

Die schwierige Lage, in die die Regierung durch die Ablehnung der beiden Steuervorlagen gerät, ergibt sich daraus, daß der Ertrag der beiden Steuern von der Regierung selbst auf rund 270 Millionen Mark veranschlagt worden war und daß der Ausfall dieser Summe selbstverständlich den Wirtschaftsplän der Regierung stark erschüttert. Bisher war es die Aussicht auf die Erträge der Grund- und Gewerbesteuer, die die Geldgeber des Staats noch zu Krediten veranlaßten. Wenn nun die Aussicht auf diese Steuererträge nicht mehr vorhanden ist, wird auch bei den Geld-

gebern die Neigung zu weiterer Kreditgewährung nicht mehr vorhanden und infolgedessen für das Finanzministerium die Beschaffung der Deckungsmittel für das Defizit im Staatshaushaltsplan sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht sein.

Es wirft sich nun die Frage auf: Wie konnte die Regierung diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen? Das wäre möglich gewesen, wenn sich der Finanzminister bezug auf die Regierung über den von bürgerlicher Seite bei den Ausschussberatungen gestellten Milderungsanträgen gegenüber nicht so ohne weiteres ablehnend verhalten hätte. Wie bürgerliche Landtagsabgeordnete verhielten, konnte man sich nach dem vom Finanzminister Heldt eingenommenen Standpunkt und nach seinen letzten Erklärungen des Eindrucks nicht erwehren, als ob ein Teil der Regierungsmitglieder die Ablehnung der beiden Vorlagen geradezu provozieren und so eine Gelegenheit schaffen wollten, aus der ewigen Misere herauszukommen, in der sich die gegenwärtige Regierung infolge der schwachen, bekanntlich nur auf 2 Stimmen beruhenden Mehrheit und der Unzuverlässigkeit der einen Regierungspartei, der Kommunisten, beständig befindet. Jedenfalls wurde unter dem Eindruck der Ablehnung der beiden Regierungsvorlagen nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ganz unumwunden der Meinung Ausdruck gegeben, daß man nunmehr doch sehr bald werde mit dem Rücktritt der Regierung und mit Neuwahlen für den sächsischen Landtag rechnen müssen.

Hierzu wird uns von anderer Stelle noch geschrieben:

Nach gewissen früheren Äußerungen des Ministers zu schließen, würde die Ablehnung der Vorlagen im Plenum mindestens zum Rücktritt des Finanzministers Heldt führen. Damit würde aber dem ganzen Kabinett die stärkste mehrheitspolitische Stütze fehlen. Die reichen Erfahrungen des Finanzministers, der schon vor der Revolution Minister war, könnte das gegenwärtige Kabinett kaum entbehren. Damit wäre dann also auch der Ministerpräsident mehr oder weniger gezwungen, den Rücktritt des gesamten Kabinetts anzufordern. Ob es soweit kommen wird, hängt davon ab, ob die Mehrheitssozialisten die Kommunisten so weit in der Hand haben, daß sie für diesen Fall ihre Opposition aufgeben. Fraglich bleibt schließlich noch, ob die Bürgerlichen im Plenum geschlossen gegen die Vorlage stimmen werden.

Am Freitag wird in der Ferienjahung des Landtages hierüber die Entscheidung fallen.

### Ein schwerer Aufbruchfall.

Ratibor, 25. Juli. In Dzierzowitz kam es heute nacht zu lebhaften Schießereien. In Birawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten und die Gleise durch Waggons gesperrt. Erst nach 1 1/2 Stunden konnte der Zug weiterfahren. Er wurde jedoch 1 Kilometer von Dzierzowitz erneut angehalten. Die Strecke bis Ratibor-Hammer ist von den Polen besetzt.

Die Deutschen in Rauden haben heute mittag telegraphisch den Kreiskontrollleur in Ratibor dringend um sofortige Hilfe gegen die polnischen Gewalttätigkeiten anrufen.

Im Kreis Rohnitz sammeln sich große Scharen polnischer Injurgen. Große Waffentransporte aus dem Kreis Rohnitz und den Grenzdistrikten des Kreises Ratibor werden von allen Seiten gemeldet und bestätigt. In Neubrun werden 3 Panzertüge mit sechs 10,5-Zentimeter-Geschützen von den Franzosen für die Polen ausgerüstet. In allen diesen Vorposten werden die Angehörigen für das unmittelbare bevorstehende eines vierten Polenaufstandes erbildet.

Weiter werden polnische Angriffe auf die Ortschaften im nördlichen Oberösterreich gemeldet. So wurde gestern Kolletitz (Kreis Rohnitz) von polnischen Injurgen überfallen. Die Polen stecken eine Mühle in Brand.

Berlin, 26. Juli. Zu dem Ueberfall polnischer Injurgen auf die Bahnhöfe bei Dzierzowitz wird festgestellt, daß ein groß vorbereiteter Angriff der Polen auf Kofel und Birawa geplant war. Den Angreifern wurden 2 Maschinengewehre, 90 Gewehre und große Mengen Munition abgenommen.

widerstehen. Da die vorherige Entsendung von Vertretungen bisher in Frankreich als unentbehrlich angesehen wurde, und zwar vor jeder Entscheidung, so bestche nur noch über letzteren Punkt eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England.

In letzter Stunde geht uns folgendes Telegramm zu: Paris, 27. Juli. Der „Anzeiger“ meldet aus Paris: Der Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und London über die Oberösterreichfrage hat, wie allen Pariser Zeitungsmeldungen zu entnehmen ist, noch keinerlei Annäherung gebracht. Einem sehr objektiv gehaltenen Situationsbericht des „Matin“ ist zu entnehmen, daß in London keinerlei Neigung vorhanden ist, von den bisherigen Erklärungen abzuweichen. Der „Matin“ sieht den Grund in Lloyd Georges Haltung in der Ablehnung des Premierministers gegenüber dem Parlament. Ebenso ergebe es Briand. Der „Matin“ selbst nennt die Differenz zwischen Paris und London eine ernste Gefährdung des Pariser Vertrages.

### Der französisch-polnische Geheimvertrag.

Rom, 25. Juli. Paris berichtet weiter über den französisch-polnischen Geheimvertrag: Der Vertrag ist am 6. Februar von Briand und Sapieha unterzeichnet worden. Gleichzeitig ist das militärische Abkommen zwischen dem polnischen Kriegsminister und dem Marschall Foch abgeschlossen worden. Der polnische Aufstand in Oberösterreich sei eine unmittelbare Folge des Aufstandes. — Rette Entschlüssen über das französische Verbieten an Deutschland, das hoffentlich unsere Regierung in der rechten Weise auswerten wird.

... sich herausge-  
 ordeten Bürger-  
 gerabdrücke im  
 n Seferts über-  
 In Edingburg  
 Scotch Whisky  
 von geschrieben,  
 f der Surzbank  
 erbrach die Ber-  
 em Vorfigenden,  
 urt", d. b. Mij-  
 e von 25 Pfund  
 nem Schek be-  
 werden konnte.  
 ... Zwiden  
 ... 50 Sta. in Wlt.  
 ... 6 3. 650  
 ... ausgem. 600  
 ... here 450-500  
 ... 600  
 ... 575  
 ... ältere 400-500  
 ... 650  
 ... 625  
 ... 580-600  
 ... 450-500  
 ... gering  
 ... 300-400  
 ... von 3  
 ... 700  
 ... 600  
 ... 400-500  
 ... 625  
 ... 550-600  
 ... (Schafel) 300-400  
 ... 1300-1350  
 ... 1375-1400  
 ... 1250  
 ... 900-1100  
 ... 1100-1300  
 ... Ueb. Notiz  
 ... 1300-1400  
 ... 1200-1300  
 ... 550-700  
 ... nicht  
 ... ien Spielen, wie  
 ... fionsgebühren, Um-  
 ... enthalten.)  
 ... blung für  
 ... ull  
 ... us.  
 ... hofratsamt.  
 ... adher  
 ... nnen  
 ... ahner.  
 ... ankhaus  
 ... iunge,  
 ... n-Callnberg.  
 ... 23,7  
 ... 77,50  
 ... 95,40  
 ... 78,  
 ... 89,  
 ... 79,  
 ... 66,75  
 ... 71,  
 ... 74,  
 ... 84,  
 ... 99,50  
 ... 98,28  
 ... 110,50  
 ... 97,  
 ... 47,6,  
 ... 740,  
 ... 335,  
 ... 349,75  
 ... 619,  
 ... 790,  
 ... 314,  
 ... 300,  
 ... 214,  
 ... 842,  
 ... 170,  
 ... 315,  
 ... 820,  
 ... 99,80  
 ... 2442,45  
 ... 281,80  
 ... 341,25  
 ... 1296,30  
 ... 78,95  
 ... 610,16  
 ... 1018,05  
 ... 1806,65  
 ... 394,80  
 ... 99,85  
 ... 98,88  
 ... 9,97  
 ... 125,90